



Dr. Frank Brodehl zum Jamaika-Bericht „Einführung eines Bildungsbonus für Schulen in Schleswig-Holstein“ (TOP 36):

„Jamaika muss endlich die notwendigen Schritte zur Rettung der Brennpunktschulen ergreifen“

Kiel, 23. Januar 2019 **Der Landtag hat heute über den Bericht der Landesregierung zur Einführung eines Bildungsbonus für Brennpunktschulen debattiert. Dr. Frank Brodehl, bildungspolitischer Sprecher der Fraktion, erklärte dazu in seiner Rede:**

„Spätestens seit die Schulleiter mehrerer Kieler Brennpunktschulen vor 1 ½ Jahren medienwirksam Alarm geschlagen haben und die für die meisten von uns bis dahin kaum vorstellbaren Zustände an ihren Schulen beschrieben haben, dürfte auch dem Letzten unter uns klar sein, dass diese Schulen eine besondere Unterstützung brauchen. Denn dort sind es nicht einzelne Schüler, die den Unterrichtsalltag stören, es sind ganze Schülergruppen, von denen jeder einzelne aufgrund von verschiedensten Ursachen intensive Unterstützung und Aufmerksamkeit benötigt, damit er überhaupt am Schulalltag teilnimmt und sich seine Zukunft offenhält.

Hierzu brauchen diese Schulen schnellstmöglich zusätzliche Lehrer und zusätzliche Ressourcen und genau das haben die Schulleiter auch klar formuliert. Das war im Sommer 2017. Als AfD-Fraktion haben wir seinerzeit, bereits im September 2017, einen entsprechenden Antrag gestellt. Jetzt kommt Bewegung in die Sache. Insofern ist die Initiative der Bildungsministerin zunächst einmal grundsätzlich zu begrüßen – aber Sie merken auch meine Ungeduld.

Allerdings, meine sehr verehrten Damen und Herren, gibt es auch einige Unwuchten im Bildungsbonus-Konzept: die größte darunter ist zweifelsohne die, dass hier mit viel Bürokratismus Problemschulen identifiziert werden sollen, die längst klar als solche identifiziert worden sind. Auch ohne Sozialatlas wissen wir, an welchen Standorten jetzt

gehandelt werden muss. Und genau dies – die sofortige Hilfe – vermisse ich am meisten.

Strukturiert an die Problematik heranzugehen und als erstes Daten darüber zu erheben, welche Schulen aus welchen Gründen besonders dringend mit zusätzlichen Ressourcen ausgestattet werden müssen, ist grundsätzlich richtig. Das schließt aber nicht aus, gleichzeitig notwendige Sofortmaßnahmen entschlossen anzupacken!

Ich wiederhole das, was ich auch vor knapp 1 ½ Jahren gefordert habe: Lehrer an Brennpunktschulen sind bis an die Grenze ihrer Leistungsfähigkeit belastet, wir müssen ihnen JETZT helfen, kleinere Klassen und ein modernes Lehrerarbeitszeitmodell hätten längst eingeführt werden müssen, damit sich diese Kollegen nicht in der Berufsunfähigkeit wiederfinden.

Als erstes wird nun also ein Sozialatlas erstellt. Meine Vorredner haben erklärt, was es damit auf sich hat. Die dort ermittelten Schulen sollen also die Möglichkeit zu einer Bewerbung um die Bildungsbonusmittel, also Gelder, erhalten. Das heißt im Klartext einmal *mehr Arbeit* für die Kollegen: Bewerbungen schreiben, Entwicklungspläne aufstellen, Konzepte verfassen und sich grundlegend dazu natürlich mit möglichen Kooperationspartnern austauschen. Hinterher kommt dann noch die Evaluation. Das kostet Zeit und Energie – beides haben sie gerade nicht im Überfluss.

Und bei all dem ist noch nicht einmal klar, ob man denn dann auch als „Perspektivschule“ ausgewählt wird, also Fördermittel bekommt. Eigentlich sollte man annehmen, dass auf Grundlage der gesammelten Daten des Sozialatlas, verbunden sicherlich mit einem Gespräch mit den Lehrern vor Ort, entschieden werden kann, ob diese Schulen nun zusätzliche Mittel erhalten sollten. So aber bleibt der Eindruck, als ob das Ganze eine Art Preisausschreiben wäre, bei dem man gewinnen oder verlieren kann – obwohl der Sozialatlas Klartext spricht.

Meine Bitte: Schaffen Sie von vornherein Transparenz darüber, welche Schulen in Anlehnung an den Sozialatlas mit Bonusmitteln rechnen können und reduzieren Sie die „Bewerbungsarbeit“ für die Schulen auf ein absolutes Minimum!

Kommen wir zu einem weiteren Kritikpunkt. Sie sprechen von der Unterstützung der Schulleiter, weil deren Bedeutung für „eine systematische Schul- und Unterrichtsent-

wicklung besonders in Schulen mit besonderen Herausforderungen herausragend` sei. Ja, die Einschätzung, dass in der Tat sehr viel von der Persönlichkeit des Schulleiters abhängt, ist richtig. Aber wenn Schulleiter nun ein Dreijahresprogramm mit Fortbildungen, Coaching, Schulentwicklungsbegleitung und Entwicklungsfonds durchlaufen sollen, dann atmet das – Freiwilligkeit hin, Freiwilligkeit her – den Hauch der unvergessenen Wara Wende: als ob das Problem die Schulleitungen wären.

Die Schulleiter waren die Überbringer der Nachricht, sie sind nicht die Ursache!

Aber hier – und auch an ein, zwei anderen Stellen des Berichtes – klingt es zumindest zwischen den Zeilen so, als ob die Lehrer das Problem wären. Ich glaube nicht, dass das so von Ihnen, Frau Prien, gemeint ist. Deswegen auch hier eine Bitte: Stellen Sie sicher, dass Ihr Vorschlag ein Angebot an die Schulleiter ist – auf keinen Fall sollten hier Teilnahme und Bildungsbonusgewährung miteinander verquickt werden.

Bei all meiner Kritik glaube ich gleichzeitig, dass wir alle hier zuletzt dasselbe Ziel erreichen wollen: vergleichbare Bildungschancen unabhängig vom Schulstandort bzw. vom Wohnort. Damit ist aber auch ausgesprochen, dass es nicht nur benachteiligte Schulen gibt, sondern dass diese vielmehr die Herausforderungen und Probleme ihres ganzen Einzugsgebietes widerspiegeln: Die Folgen von Armut, Arbeitslosigkeit, Wohnumfeld, Kriminalität, Migrationsquote, um nur einige Aspekte zu nennen, die ja auch im Sozialatlas auftauchen.

Dadurch, dass diejenigen, die es sich leisten können, wegziehen oder ihre Kinder in Schulen anderer Stadtteile bringen, verschärft sich die Situation für die Schule vor Ort meist noch. Umso wichtiger zu fragen, wann, zu welchem Zeitpunkt und für welche Gruppe Hilfe am effektivsten ansetzen kann.

Sie kennen meine Antwort: Zum einen Vorschulen, denn überall dort, wo hoffentlich abkommenden Sommer der Bildungsbonus helfen soll, sind erfahrungsgemäß sehr viele Kinder, die zum Zeitpunkt ihrer Schulpflicht noch gar nicht schulreif sind. Diese Kinder brauchen gezielte Förderung in Vorschulen. Und zum anderen: Die hohe Anzahl von Kindern mit einem sonderpädagogischen Förderbedarf lässt sich auch mit dem höchsten

Bildungsbonus nicht mal ebenso nebenbei adäquat fördern: An den *Schulen am Wind* beträgt diese Zahl über 20 Prozent, aus Hamburg erreicht uns gestern die Meldung, nach der dort 42,5 Prozent aller Grundschüler sprach- oder sonderpädagogisch gefördert werden mussten. 42,5 Prozent – fast jeder zweite Schüler!

Die voreilige Schließung vieler Sonderschulen erweist sich somit einmal mehr als Fehler und angesichts dieser Zahlen sollten wir den Mut aufbringen zu sagen, dass wir, ja, einerseits den Bildungsbonus brauchen, aber dass wir gleichzeitig auch die Spezialisierung und Differenzierung mit Vorschulen und Förderzentren benötigen. Ja, ich weiß, noch hört das nicht jeder hier im Hause gerne, aber das kommt noch.

Lassen Sie mich nichtsdestotrotz mit einem versöhnlichen Gedanken zum Bildungsbonus schließen, mit einem ganz konkreten Vorschlag: Von nicht wenigen jungen Lehramtsstudenten weiß ich, dass diese es geradezu als persönliche Herausforderung wahrnehmen würden, an einer Brennpunktschule unterrichten zu können. Stellen Sie, Frau Ministerin, die Weichen im Bildungsbonus so, dass diese Lehrkräfte sich auch an diesen Schulen bewerben – wie dies geht, das wissen die Schulleiter der *Schulen am Wind* – ich finde den Titel noch immer besser als ‚Perspektivschulen‘ – bleiben Sie im intensiven Gespräch mit diesen Schulleitern, dann wird der Bildungsbonus auch ein Erfolg für unsere Schüler.“

Weitere Informationen:

- **Bericht der Landesregierung** „Einführung eines Bildungsbonus für Schulen in Schleswig-Holstein“ vom 21.11.2018 (Drucksache 19/1060):
<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl19/drucks/01000/drucksache-19-01060.pdf>